



Foto: AK Umwelt

## In Köln herrscht akuter Mangel an preiswerten Wohnungen

### Wiedereinstieg in die kommunale Wohnungsbauförderung

In Deutschland gehört die Unverletzlichkeit der Wohnung zu den Grundrechten (Artikel 13 GG). Daraus folgt aber keineswegs ein Recht auf angemessene, bezahlbare Wohnungen. Die Wahrnehmung dieses Rechts ist – wie auch das Recht auf Eigentum – vor allem von der sozialen und materiellen Lage abhängig. In Köln herrscht akuter Mangel an preiswerten Mietwohnungen und es droht eine verstärkte soziale Spaltung. Mit dem Wiedereinstieg in eine kommunale soziale Wohnungsbauförderung wollen die GRÜNEN dieser Entwicklung entgegenzutreten.

#### Boom und Verfall

Der Wohnungsbau boomt in Köln. Zahlreiche Eigentumswohnungen entstehen vorwiegend in den oberen Preissegmenten. Für 200 qm Wohnfläche wird in attraktiven Lagen durchaus eine Mio. Euro gezahlt. Stadthäuser mit 150 qm Wohnfläche auf dem ehemaligen Sülzer Kinderheim-Gelände sind nicht unter 700.000 Euro zu haben. An 21 Standorten in Köln werden derzeit über 3000 Wohnungen gebaut. Weitere rund 3000 Wohneinheiten sind in Planung bzw. in Grundstücksvermarktung, darunter Sürther Feld, Widdersdorf Süd – 3. Bauabschnitt, Grüner Weg (Ehrenfeld), Butzweiler Hof, Clouth (Nippes) und Langendahleweg (Ostheim). In einigen dieser Baugebiete ist ein 30%-Anteil für öffentlich geförderten Wohnungsbau vorgesehen. Trotz dieser Zielmarke reduziert sich der geförderte Wohnungsbe-

stand durch das zunehmende Auslaufen der Sozialbindungen. Zugleich steigen die Mietpreise in Köln. 10 Euro/qm-Kaltmiete werden in der Innenstadt, Sülz, Ehrenfeld und Nippes oftmals überschritten. Geförderte Mietwohnungen mit 5,10 Euro/qm befinden sich überwiegend in Stadtteilen mit sozial schwächeren Strukturen. Der Trend zur räumlichen sozialen Spaltung (Segregation) ist unverkennbar.

#### Durchmischen

Städtische Wohnungspolitik kann und soll diesen Trends entgegenwirken. Ein Ziel ist, die soziale Durchmischung der Stadtteile zu erhöhen. Dafür gibt es Fördermöglichkeiten für Investoren und Grundstückseigentümer. Beim Baulückenprogramm soll auch in attraktiven Stadtteilen für sozialen Wohnungsbau geworben werden. Sozialer Wohnungsbau soll auch in „Boom-Vierteln“ durch Förderung des Grundstückserwerbs möglich werden. Basis eines Förderatlas soll eine sozialraumverträgliche Verteilung des sozialen Wohnungsbaus erreicht werden.

#### Neubau

In Köln müssen pro Jahr mindestens 1000 neue geförderte Wohnungen gebaut werden, um den weiteren Verlust preiswerter Mietwohnungen abzumildern. Mittelfristig werden aber über 1300 Wohnungen durch Neubau und Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen pro Jahr benötigt. Der rot-grüne Ratsantrag beinhaltet ein Förderprogramm, auf dessen Basis die-

se Ziele erreichbar sind. Viele Investoren haben Interesse an Fördermitteln, jedoch stehen über die Landesförderung nicht genügend Mittel bereit. In Köln fehlen ca. 35 Mio. Euro, um das Ziel 1000 neue Wohnungen pro Jahr zu realisieren.

Daher wollen SPD und GRÜNE, dass die Stadt Köln ab 2012 kommunale Fördermittel als Darlehen für Investoren bereitstellt. Diese Förderung erfolgt im Wesentlichen als Ergänzung zum Landesprogramm auf Basis der Konditionen für Landesmittel.

#### Ausblick

Mit einem mittelfristigen Bestand von über 50.000 mietpreisgebundenen Wohnungen wäre es möglich, auf die steigenden Mietkosten im gesamten Kölner Wohnungsmarkt spürbar abdämpfend einzuwirken. Dies würde letztlich allen Privathaushalten zugute kommen. Insbesondere aber würde es den ca. 250.000 Privathaushalten helfen, die Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben. Schon jetzt müssen über ein Drittel des Einkommens für Mieten ausgegeben werden. Hohe Mieten vermindern für viele den Lebensstandard und auch die Kaufkraft. Hamburg, München, Frankfurt und Stuttgart haben aus guten Gründen kommunale Förderprogramme, um für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt zu sorgen. Köln steigt jetzt ein. *Ossi Helling*

**SPD/GRÜNE-Ratsantrag  
„Städtische Wohnungsbauförderung“:  
[www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de)**

# Gespaltenes Köln

Viele haben ein Idealbild der Stadt: lebendig und bunt, eine Mischung von Jungen und Alten verschiedener sozialer Herkunft und Ethnien. Leider sieht die Wirklichkeit in den Städten anders aus. Es gibt „angesagte“ und „benachteiligte“ Stadtteile. Die hohe Nachfrage und das knappe Wohnungsangebot sorgen für ein hohes Mietniveau, das viele nicht zahlen können.

Diese Menschen konzentrieren sich in Stadtteilen, die sich ohne staatliche und kommunale Steuerungsmaßnahmen immer weiter in einer Abwärts spirale befinden. Köln nimmt in Bezug auf eine solche soziale Entmischung (Segregation) in NRW leider eine unrühmliche Spitzenstellung ein.

## Strukturwandel

Zwar gehört Köln zu den Städten an der Rheinschiene, die wachsen und wirtschaftlich prosperieren. Aber im Unterschied zu Düsseldorf und Bonn war Köln eine klassische Industriestadt und leidet daher mehr als die Nachbarstädte unter den Negativfolgen des Strukturwandels, nämlich hohe Dauerarbeitslosigkeit. Diese verteilt sich nicht gleichmäßig, sondern ballt sich in den ehemaligen Industriestadtteilen. Während z.B. in Lindenthal nur 7% SGB II-BezieherInnen leben, sind es in Mülheim und Kalk über 30%.

## Gentrifizierung: Fluch oder Chance?

Die Kölner Neustadt, vor allem die Südstadt, das Belgische und Agnesviertel, wurden in den 1980er Jahren zu Trendvierteln. Das Wohnen in Gründerzeithäusern wurde schick. Durch zahlreiche Wohnumfeldmaßnahmen, Verkehrsberuhigungen, Begrünung und Entkernung von Innenhöfen gewannen die Quartiere deutlich an Attraktivität. Studenten, Künstler, junge Akademiker drängten in das knappe Wohnangebot und verdrängten die finanzschwä-

cheren Alteingesessenen. Diese leben in Chorweiler, Porz-Finkenbergr oder Bocklemünd, wo in den 1970er Jahren typische Hochhaussiedlungen mit bis zu 80% preisgebundenen Wohnungen gebaut wurden. Große traditionelle preiswerte Siedlungsbestände, u. a. der städtischen GAG AG, entstanden auch in den Stadtbezirken Kalk und Mülheim.

## Mülheim

Diese Verdrängung wurde durch zusätzliche Konzentration von öffentlich gefördertem Wohnungsbau in Mülheim begünstigt, wo in den 1990er Jahren ca. 1400 neue Sozialwohnungen entstanden. In der Innenstadt waren es im gleichen Zeitraum weniger als 100. Die Erwerbslosigkeit in Mülheim liegt heute bis zu 50% über dem Stadtdurchschnitt. Mit „Mülheim 2020 - Wege öffnen - Übergänge schaffen - zusammenwachsen“ wird nun ein integratives Handlungskonzept mit über 48 Projekten realisiert: Bis 2013 sollen über 40 Mio. Euro in die Handlungsfelder Lokale Ökonomie - Bildung - Städtebau investiert werden. Sie sollen Menschen helfen, sich aus dem sozialen Abseits zu befreien. Städtebauliche Verbesserungen sollen für eine Aufwertung sorgen, so dass junge, finanzkräftigere Menschen zuziehen und eine ausgewogenere soziale Mischung entsteht. Eine Aufwertung löst das Problem der Spaltung der Stadtgesellschaft aber nur dann, wenn parallel zu den Aufwertungsmaßnahmen dort preiswerte Wohnungsangebote in weniger belasteten Stadtteilen entstehen.

## Ehrenfeld und Nippes

Auch Ehrenfeld und Nippes sind traditionelle Arbeiterviertel, aber im Gegensatz zu Mülheim und Kalk eher kleinteilig geprägt. Der industrielle Niedergang vollzog sich über einen längeren Zeitraum. Die Arbeitslosenzahlen

## Förderprogramm

Im ersten Halbjahr 2011 stiegen die Angebotsmieten in Köln um durchschnittlich 3 %. Der Bestand an preisgünstigen geförderten Mietwohnungen ist zu Jahresbeginn auf 7,65% des Gesamtwohnungsbestandes (539.000 Wohnungen) gesunken. 1990 lag dieser Anteil bei 22%. Um Versorgungssicherheit zu erreichen, wäre an Mindestanteil von 10% notwendig. Um etwa 8% zu halten, müssten jährlich 1.350 geförderte Wohnungen geschaffen werden. Statistisch hätten derzeit fast 50% der Kölner Privathaushalte Anspruch auf eine geförderte Mietwohnung. Das Land NRW hat die Mittel für Wohnraumförderung infolge der Haushaltskrise gekürzt. Köln stünden somit jährlich nur noch Mittel für maximal 642 Wohnungen zur Verfügung. Daher beabsichtigen SPD und GRÜNE, dass die Stadt nun auch Wohnraumförderung betreibt, um pro Jahr mindestens 1.000 neue Wohnungen zu schaffen. Ab 2012 sollen im Stadthaushalt ca. 35 Mio. Euro als Darlehen für Wohnungsbauinvestoren zu den Bedingungen des Landesprogramms abrufbar sein (0,5% Zins, 1% Tilgung, 0,5% laufender Verwaltungskostenbeitrag). Dies würde in Köln Investitionen von etwa 280 Mio. Euro auslösen. jf

sind jeweils deutlich geringer. Auch hier herrscht Verdrängung durch Zuzug von Besserverdienenden. Direkt angrenzende Quartiere, vorhandener sozial gebundener Wohnungsbau und große Bestände von Genossenschaftswohnungen fangen diese Tendenzen jedoch auf. Aber auch hier muss dieser Prozess gesteuert werden.

## Große Herausforderung

Das hohe Mietniveau, das sehr knappe Angebot an sozial gebundenen Wohnungen und die zunehmende Spaltung der Stadtgesellschaft in Arme und Reiche sind der Humus für soziale Entmischung. Wenn sich Armut und ihre Folgen räumlich konzentrieren, entsteht ein fataler Kreislauf. Soziale Wohnungspolitik kann das Problem nicht allein lösen. Abbau von Arbeitslosigkeit durch Beratung, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, eine Wirtschaftsförderung, die auf lokale Ökonomie setzt, und soziale Flankierungsmaßnahmen sind ebenso wichtig. Der sozialen Spaltung entgegenzuwirken, schafft keine Kommune aus eigener Kraft. Notwendig sind mehr Fördermittel von Bund und Land und zugleich eine größere Flexibilität bei Förderbedingungen und Mietobergrenzen. Barbara Moritz



Fotos: Oliver Meisner, Calk / phello.de

## Integriertes Klimaschutzkonzept für Köln

# Jetzt muss gehandelt werden!

Am 12. September 2011 wurden der interessierten Öffentlichkeit die bis dahin fertig gestellten Ausarbeitungen zum „Integrierten Klimaschutzkonzept Stadt Köln“ vorgestellt. Auf Grundlage des Beschlusses des Umweltausschusses vom 12.03.2009 hatten sich die Büros Gertec und ifeu rund zwei Jahre lang mit dem Teilbereich Energie befasst, während der Verkehrsbereich vom Wuppertal Institut bearbeitet wurde.

*Matthias Welpmann*, umweltpolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion, stellt die wichtigsten Ergebnisse der beiden Teil-Studien vor und gibt einen Ausblick auf den weiteren politischen Prozess, der jetzt ansteht.

### Bereich Energie

Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden nach dem Zeithorizont ihrer Umsetzbarkeit in drei Pakete aufgeteilt: Das unmittelbar umzusetzende Paket „Sofortprogramm Impuls 20ELF“, das daran anschließende „3-Jahresprogramm“ und die als „mittelfristige Handlungsoptionen“ eingestuften Maßnahmen vorschläge. Alle Vorschläge wurden mit konkreten Kostenschätzungen versehen.

Das Sofortprogramm enthält 15 Einzelmaßnahmen, von denen vier als „unabhängbare Voraussetzungen“ für den Erfolg des Gesamtkonzeptes eingestuft werden. Die erste dieser Voraussetzungen ist dabei die Einrichtung einer „Koordinationsstelle Klimaschutz“. Nach Vorstellung der Gutachter soll hierfür direkt beim Oberbürgermeister ein Koordinator mit weitreichenden Handlungskompetenzen angesiedelt werden, der den stadtweiten Prozess fachlich qualifiziert koordiniert und vorantreibt. Außerdem werden für die operative fachliche Arbeit mindestens zwei weitere Stellen beim Umweltamt für erforderlich gehalten sowie eine Stelle, welche die Koordination der Klimaschutzaktivitäten des Stadtwerkekonzerns mit der Verwaltung sicherstellen soll. Als unabhängig wird weiterhin die Einrichtung eines Zentrums für Energieeffizienz (Erstberatung für Private sowie kleine und mittelständische Unternehmen) angesehen, die Teilnahme am European Energy Award® und ein Klimaschutz-Check bei den Aktivitäten der Stadtverwaltung. Auch soll eine regelmäßige Erfolgskontrolle hinsichtlich der Energiebilanzen und Maßnahmenprogramme im Konzern Stadt Köln etabliert werden. Die übrigen Vorschläge des Sofortprogramms beziehen sich auf konkrete Einzelmaßnahmen, die vielfach mit

erheblichen wirtschaftlichen Einsparpotenzialen verbunden sind und sich somit selbst refinanzieren. Hier ist vor allem die Einführung eines - bisher fehlenden - Energiemanagements bei den Kultureinrichtungen zu nennen, wo bereits eine moderate Reduzierung des derzeitigen Energieverbrauchs Einsparungen von mehreren 100.000 € pro Jahr ermöglicht. Um auch die privaten Eigentümer von Bestandsimmobilien verstärkt zu erreichen, wird ein kommunales Förderprogramm für die private Altbauanierung vorgeschlagen.

### Bereich Verkehr

Der Bericht des Wuppertal Instituts enthält neben einer Darstellung der theoretischen Grundlagen und der Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz für Köln verschiedene Vorschläge für Klima wirksame Maßnahmen im Verkehrsbereich. Im Gegensatz zum Energiebereich, werden diese Vorschläge im Wesentlichen qualitativ eingeordnet hinsichtlich der Parameter: Klimaschutzeffekt, Kosten-Nutzen-Verhältnis und Zeithorizont. Die konkreten Kosten und etwaige personelle Veränderungen sind hier offenbar schwieriger zu kalkulieren, so dass in jedem Fall noch Konkretisierungsschritte notwendig sind, bevor verkehrliche Maßnahmen politisch diskutiert werden können. Als inhaltliche Schwerpunkte werden vorgeschlagen:

- Ausweitung und Förderung des Radverkehrs in Köln,
- Informations- und Imagekampagne zum Zufußgehen und zur Fahrrad-

- Nutzung auf Kurzstrecken,
- Angebot eines Mobilitätspakets für Neubürgerinnen und Neubürger,
- Geschwindigkeitsreduzierung im Kölner Straßennetz,
- Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung,
- Klimaschonende Abwicklung der Beschäftigtenverkehre bei der Stadt,
- Klimaschonender Umbau des kommunalen Fuhrparks.

Im Ergebnis zielt dies vor allem auf eine Veränderung des so genannten Modal Split zugunsten von Zu-Fuß-Gehen, Fahrradfahren und ÖPNV-Nutzung und entspricht damit faktisch langjähriger GRÜNER Verkehrspolitik. Die Vorschläge sind keineswegs neu oder besonders originell. Das Problem besteht, wie das Gutachten verdeutlicht, allerdings darin, dass diese Maßnahmen weitaus konsequenter und flächendeckend umgesetzt werden müssten, um überhaupt eine Chance zu haben, die selbst gesteckten CO<sub>2</sub>-Minderungsziele der Stadt Köln auch nur annähernd erreichen zu können.

### Ausblick

Die Zeit der Konzepterstellung ist nun vorbei. Entscheidend aus Sicht der GRÜNEN Ratsfraktion ist daher, dass die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts nun unverzüglich geschaffen werden, damit die eigentlichen Reduktionsmaßnahmen schnell umgesetzt und Klimaschutz in Köln damit Realität werden kann.



Foto: Regina Kobold

## Bürgerschaftliche Netzwerke in Köln (XI)

# Autonomes Zentrum

„Rathaus Ratlos“ setzt seine Serie über bürgerschaftliche Netzwerke und Initiativen fort, die bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen umfassen – auch in der Kultur. Bürgerinitiativen, Vereine und Selbsthilfeprojekte berichten über ihre Arbeit, ihre Entstehung, ihre Erfahrungen und ihre Zukunftspläne in „Rathaus Ratlos“. In dieser Ausgabe: Autonomes Zentrum.

### Kein Tag ohne

Seit April 2010 gibt es in Köln-Kalk ein Autonomes Zentrum (AZ). Die Kampagne „Pyranha“ hatte zuvor über ein Jahr lang durch Aktionen auf der Straße für die Einrichtung eines solchen Zentrums geworben und war von PolitikerInnen und Verwaltung nur vertröstet worden. Daher hatten mehrere hundert Menschen beschlossen, die seit Jahren

Konflikten Lösungen gefunden, mit denen alle leben können.

Für die meisten Menschen ist das Autonome Zentrum aber ein Veranstaltungsort. Die Liste der Veranstaltungen ist lang. Allein im Oktober 2011 sind es über 80. Seit der Eröffnung im April 2010 gab es schon weit über 1000 Veranstaltungen mit mehreren 10.000 BesucherInnen. Das Angebot ist vielfältig: Es gibt Workshops, Theater, Lesungen, Politveranstaltungen, Kino, Konzerte, Partys, Sport, Kneipe, Kunst und vieles mehr. Nicht zuletzt bietet das AZ Platz für Proberäume, Gruppenräume und Werkstätten.

### Aktuelle Situation

Seit September gibt es nun einen Nutzungsvertrag, in dem die Eigentümerin des Gebäudes, die SAVOR GmbH, eine Tochter der Sparkasse KölnBonn, einem



leer stehende ehemalige KHD-Kantine in der Wiersbergstraße zu besetzen. Nachdem das Autonome Zentrum ein Jahr später, im April 2011, fast geräumt worden wäre, hat es nun einen unbefristeten Nutzungsvertrag mit der Eigentümerin, einer Tochtergesellschaft der Sparkasse KölnBonn.

### Was ist das AZ?

„Das Autonome Zentrum ist, was wir daraus machen.“ So heißt es im „BenutzerInnenhandbuch“, dem Grundkonsens aller im AZ aktiven Menschen. Das AZ ist offen für alle, wenn sie respektvoll miteinander umgehen. Sexismus, Rassismus, Antisemitismus oder Homophobie werden im AZ nicht geduldet. Alle Entscheidungen werden im Konsens getroffen, dadurch werden bei

eigens dafür eingerichteten Trägerverein die kostenfreie Nutzung des Gebäudes bei gleichzeitiger Übernahme eines Teils der Nebenkosten zusichert. Einen solchen Vertrag hatten die Besetzer\_innen und Nutzer\_innen des Autonomen Zentrums immer gefordert: Schließlich stand das Gebäude seit Jahren ungenutzt leer. Gegenüber diesem Zustand verursacht die jetzige Nutzung der Eigentümerin keine zusätzlichen Kosten. Die laufenden Kosten werden hingegen aus dem AZ-Betrieb heraus getragen. Bislang haben die Nutzer\_innen nie finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand gefordert.

Der derzeitige Nutzungsvertrag ist zunächst einmal unbefristet, kann jedoch bei einem Wechsel des Eigentümers gekündigt werden. Nach einer EU-Vorga-

be zum Immobilienbesitz der Sparkasse wird das Gebäude allerdings voraussichtlich noch in diesem Jahr, spätestens aber Anfang 2012 in das Eigentum der Stadt Köln übergehen.

### Wie geht's weiter?

Seit der abgewendeten Räumung im Frühjahr dieses Jahres wird in der Kalker Politik und darüber hinaus wieder verstärkt über die Zukunft des Autonomen Zentrums diskutiert. Das ist erst einmal erstaunlich: Noch vor wenigen Monaten wurde damit argumentiert, dass die Besetzung widerrechtlich sei und es nicht einmal einen Trägerverein gebe. Dies hat sich geändert. Die Suche nach Argumenten gegen das Autonome Zentrum geht aber munter weiter. Da musste kurzzeitig die Kaiserin-Theophanu-Schule herhalten. Es war aber nie geplant, die Schule auf dem Gelände in der Wiersbergstraße 44 zu erweitern. Im Rahmen eines neuen Bebauungsplans für das Gebiet ist nun ein Grünstreifen vorgesehen, der jedoch ohne Weiteres neben dem Autonomen Zentrum verlaufen kann. Die Argumente sind so simpel wie fadenscheinig: Wo man üblicherweise von der Politik erwarten würde, dass sie zwischen unterschiedlichen Wünschen und Vorstellungen vermittelt, versucht sie hier, konkurrierende Interessen zu schaffen. Man täuscht Sachzwänge („zu wenige Grünflächen in Kalk“) vor, um sich einer politischen Diskussion nicht stellen zu müssen.

Denn auch wenn dies alles gute Argumente wären: Dagegen steht das Engagement vieler hundert Menschen, die seit anderthalb Jahren in der Wiersbergstraße ein Zentrum aufgebaut haben, das für viele Menschen in Kalk, Köln und weit darüber hinaus wichtig geworden ist. Das Autonome Zentrum hat sich trotz vieler Hindernisse und obwohl es keinerlei Fördermittel erhält zu einem der wichtigsten Orte der Untergrundkultur in Köln entwickelt. Es sind unzählige Menschen, denen das Autonome Zentrum Raum für Selbstentfaltung und Kreativität bietet, für politische Diskussionen und Organisation, für Tanzen und Lernen. Es sind Tausende, die gern und regelmäßig zu den Veranstaltungen im Autonomen Zentrum kommen. Diese Menschen werden nicht tatenlos zusehen, wie das Produkt ihrer Arbeit an der Ignoranz Kölner Politiker\_innen scheitert.

### Kontakt:

Autonomes Zentrum Köln | Wiersbergstraße 44 | 51103 Köln  
Internet: [unersquat.blogspot.eu](http://unersquat.blogspot.eu)  
e-mail: [unersquat@riseup.net](mailto:unersquat@riseup.net)

## Bäderzielplan Köln

# Mit Augenmaß und Perspektive

Die Weiterentwicklung des Kölner Bäderkonzepts (Bäderzielplan) wird am 13.10.2011 im Stadtrat beschlossen. Da viele Kölnerinnen und Kölner zu „ihren Bädern“ eine besondere Beziehung haben, wurde das Konzept in einer breiten Öffentlichkeit lebhaft und emotional diskutiert. Die GRÜNE Ratsfraktion unterstützt das Konzept zum Ausbau und zur Modernisierung der Kölner Schwimmbäder.

### Worum geht's?

Nach der abgeschlossenen Generalmodernisierung „Freibad Stadion“ und dem Neubau „Hallenbad Stadion“ (August 2011) sowie mit der Eröffnung des „Eis- und Schwimmstadions Lentpark“ (Oktober 2011) und der Wiederöffnung des ebenfalls komplett modernisierten „Zollstockbad“ (November 2011) werden im Februar 2012 die Hallenbäder Weiden und Nippes geschlossen. Das „Hallenbad Rodenkirchen“ soll nach einer Sanierung wieder für Schulen, Vereine und die Öffentlichkeit geöffnet werden.

### Nachfrage und Bedarf

Köln wird nach der Umsetzung des Bäderzielplans mehr Wasserflächen haben als vorher. Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der zwölf kommunalen Schwimmbäder werden in einer wachsenden Stadt steigen. Die jährlichen Besucherzahlen von Schulen, Vereinen und Öffentlichkeit werden in den nächsten Jahren die Grenze von drei Mio. überschreiten. So werden im neuen „Lentpark“ künftig mehr Bahnstunden für die Schulen reserviert sein als bisher im Nippesbad. Die GRÜNEN im Rat werden die Fortschreibung des Bäderzielplans weiter aktiv begleiten und dabei u.a. auf eine effiziente Belegungsnutzung für alle Nutzergruppen achten.

### Jedem Bezirk sein Bad?

Die Kölner Schwimmbäder sollen für alle gesellschaftlichen Gruppen ein attraktives und bezahlbares Angebot ermöglichen. Dabei werden Besucher an den Bezirksgrenzen nicht halt machen. Sie werden auch moderne Schwimmbäder in benachbarten Bezirken oder an neuen Standorten im Bezirk besuchen. Die GRÜNEN in den Bezirksvertretungen Nippes, Weiden und Rodenkirchen haben mit großem Engagement die geplante Umsetzung des Bäderzielplans kritisch begleitet und dabei viele wertvolle Anregungen in den Entscheidungsprozess gegeben. Auch wenn die einzelnen Bezirksvertretungen nicht

vom Bäderkonzept überzeugt werden konnten, so bietet der Bäderzielplan aus gesamtstädtischer Sicht eine sinnvolle Perspektive für alle Einwohnerinnen und Einwohner in den neun Bezirken.

### Großes Finanzengagement

Die Förderung von Sport und Bewegung wird immer eine zentrale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge in Köln sein. Ein attraktives Schwimmangebot für Schulen, Vereine und die Öffentlichkeit nimmt dabei eine wichtige Rolle ein. In den letzten 10 Jahren sind über 115 Mio. Euro in die gesamte Bäderlandschaft investiert worden – trotz verschärfter städtischer Haushaltskrise. In vielen anderen Kommunen werden Schwimmbäder leider ersatzlos geschlossen. Hingegen wird die städtische KölnBäder GmbH auch weiterhin mit einem jährlichen Zuschuss von ca. 19 Mio. € durch den Stadtwerke-Konzern unterstützt. Diese finanzielle Kraftanstrengung ist ein klarer Beleg für die hohe Bedeutung, die die kommunal geführten Schwimmbädern politisch erfahren. Gleichwohl würde ein Weiterbetrieb der stark sanierungsbedürftigen Hallenbäder Weiden und Nippes bei gleichzeitigem Angebot von modernen Sport- und Freizeitbädern den Kostenrahmen übersteigen.

### Wie geht es weiter?

Die Erfahrungen mit den neuen Schwimmbädern müssen natürlich ausgewertet werden. Wie können die Schulen ihren Schwimmunterricht in den neuen Bädern umsetzen? Wie läuft die Organisation der neuen Anfahrtswege? Sind die Bahnzeiten für die Vereine effizient verteilt? Wie werden die neuen Bäder von der Öffentlichkeit angenommen? Die Erkenntnisse aus diesen Erfahrungen werden in die Weiterentwicklung der attraktiven Bäderlandschaft in Köln einfließen.

Manfred Richter



## Grüne Wechsel



Fotos: Jörg Lange

Dr. Ralf Unna rückt als grünes Ratsmitglied für Marion Lüttig nach, die aus familiären Gründen nun in Mannheim lebt und daher aus dem Kölner Rat ausscheiden musste. Ralf Unna (Jahrgang 1967), in Köln als Tierarzt tätig und früher Leiter des Konrad-Adenauer-Tierheims, ist seit 1995 Mitglied der GRÜNEN und war bereits als sachkundiger Einwohner im Gesundheitsausschuss aktiv. Am 13.10. wird ihn der Rat in den Ausschuss Soziales und Senioren, in den Integrationsrat der Stadt Köln, in den Aufsichtsrat der Sozialbetriebe Köln (SBK) und in die Gremien der Guillaume-Stiftung St. Antoniusheim und Dormagen-Guffanti-Stiftung wählen. Außerdem wird er als entsandtes Ratsmitglied in den Stadtarbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik und Wohnungslosenpolitik mitwirken.

Kirsten Jahn, jugendpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion, wird Marion Lüttig im Ausschuss für Schule und Weiterbildung folgen und so eine enge Verbindung von Jugendhilfe- und Schulpolitik anstreben.

## Danke

Die grüne Ratsfraktion bedankt sich bei Marion Lüttig für ihr engagiertes grünes Wirken im Rat und der Kölner Kommunalpolitik, wünscht ihr Alles Gute in Mannheim und freut sich, dass sie weiterhin mit Köln eng verbunden bleiben möchte. Die Ratsfraktion wird in Kürze eine Nachfolgerin für grüne Frauenpolitik benennen. Auf diesem Feld hatte sich Marion Lüttig sehr erfolgreich engagiert.

## Auf dem Prüfstand

Dringenden Handlungsbedarf sehen GRÜNE und SPD bei der Gebäudewirtschaft.

Der erhebliche Investitions- und Sanierungsstau, permanente Probleme bei Organisation und Verfahrensabläufen, Mängelklagen von Nutzern und nicht zuletzt die finanzwirtschaftliche Steuerung sprechen dafür, den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft auf den Prüfstand zu stellen. Rot-Grün beantragt im Rat am 13.10. die Durchführung einer Organisationsanalyse durch externe Prüfer. Ziel ist es, „auf Grundlage einer Stärken- und Schwächenuntersuchung Empfehlungen für eine Optimierung der Gebäudewirtschaft bzw. organisatorische Alternativen“ zu entwickeln. Ratsantrag: [www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de)

## Neues Winterdienstkonzept



Nach der heftigen Kritik am Winterdienst im letzten Jahr werden nun im Wesentlichen folgende Verbesserungen umgesetzt:

Gemäß Gesetzeslage mussten die Hauptverkehrsstraßen bisher erst ab morgens 7 Uhr geräumt sein. Somit fanden nachts nur Einsätze an besonders kritischen Punkten wie den Rheinbrücken statt. Das hat 2010 dazu geführt, dass der abends gefallene Schnee morgens festgefroren war und diese Eisplatten dann tagelang für Chaos sorgten. Aufgrund dieser Erfahrung und unter Berücksichtigung des veränderten Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung sollen in Zukunft bei Schneefall alle Straßen und Radwege der „Priorität 1“ rund um die Uhr sofort geräumt werden.

Weil die Industrie die vertraglich vereinbarten Salzmengen im letzten Jahr nicht nachlieferte, haben die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) den Salzvorrat auf 6.000 t verdreifacht. Zum Schutz der Bäume soll aber weiterhin nicht mehr als nötig gestreut werden. Auf Radwegen soll gar nicht gestreut, sondern nur gekehrt werden. Der Öffentliche Nahverkehr hat Vorrang. Buslinien werden in „Planstufe

1“ aufgenommen.

Die AWB übernehmen ab sofort die Winterwartung aller Bushaltestellen ohne winterdienstpflichtige Anwohner (rund 300) plus 70 Schulbushaltestellen. Ab 2012/13 sollen dann alle Bushaltestellen übernommen werden, weil den Anwohnern hier das Schneeräumen nicht länger zumutbar ist.

Zudem wird die Öffentlichkeitsarbeit verbessert. So soll mit einer neu erstellten elektronischen Karte durch Online-Abfrage oder über das Callcenter sofort die Zuständigkeit in jedem Straßenabschnitt geklärt werden. Der so optimierte Winterdienst kostet natürlich mehr. Wie diese Mehrkosten finanziert werden, wird bis zum Dezember 2011 vom Rat entschieden. gb

## Ganz vorne dabei



Foto: Karin Knobbeplatz

Nachdem schon beim Bickendorfer Büdchenlauf 2010 zwei GRÜNE-Teams sehr passabel abgeschnitten hatten, gab es in diesem Jahr kein Halten mehr: Drei gemischte Teams aus Frauen und Männern errangen einen grandiosen Erfolg. Insgesamt elf Männer und drei Frauen waren diesmal am Start, um unter dem Leitmotiv der Ehrenfelder GRÜNEN „Vielfalt statt Ein-

falt“ fünf Kilometer durch Bickendorf zu laufen. Unter den Starterinnen und Startern waren der GRÜNE Landtagsabgeordnete Arndt Klocke (Nippes), die Ratsmitglieder Kirsten Jahn (Porz), Andreas Wolter (Innenstadt), Manfred Richter (Nippes) und Matthias Welpmann (Ehrenfeld), die Ehrenfelder Bezirksvertreter Christiane Martin und Ralf Klemm und Helmut Metten aus Nippes sowie weitere GRÜNE und Unterstützer aus ganz Köln. Cheforganisator und Laufdirektor Ralf Klemm hatte die Teams im Auftrag des Ortsverbands Ehrenfeld nach monatelangen Recherchen derart ausgewogen zusammengestellt, dass der Erfolg praktisch vorprogrammiert war. Vom Start weg war deshalb klar, dass die drei Vielfalt-Teams ganz vorne mitmischen würden. Und so kam es dann auch: Bei strahlendem Sonnenschein und einer tollen Stimmung, auf und neben der Strecke, konnte das Team Vielfalt statt Einfalt (VsE) 1 den Wettbewerb der Mixed-Teams für sich entscheiden, knapp gefolgt vom Team VsE 3, das in Summe nur eine gute Minute länger ins Ziel brauchte. Das Team VsE 2 belegte den ebenfalls respektablen sechsten Rang in dem insgesamt 16 Teams umfassenden Mixed-Wettbewerb. Fazit: Sport & Spaß können das politische Geschäft entscheidend bereichern. mw

## Businessplan Industrie



Foto: Claudia Minns / photo.de

Seit 2003 agiert das „Branchenforum Industrie“ als Kommunikationsplattform von Industrie-, Verbands- und Verwaltungsvertretern sowie Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern aus dem Wirtschaftsausschuss.

Mitte 2010 legten Industrievertreter einen „Businessplan Industrie“ für Köln vor. Auf Initiative von SPD und GRÜNE wird dieser Plan nun in fachöffentlichen Workshops beraten. Am 08.09.2011 startete der Prozess mit einer Auftaktdiskussion im Rathaus. Bis Mitte Oktober folgen fünf moderierte Workshops, um sich kritisch und konstruktiv mit den Vorschlägen aus der Industrie zu befassen: Qualifizierung, Verkehr, Marketing, Flächenpolitik und Innovationstransfer. kr

Weitere Infos:

[www.industrie-fuer-koeln.de](http://www.industrie-fuer-koeln.de)



Foto: Sabine Müller

## Passagiernachtflugverbot am Flughafen Köln/Bonn Neuer Anlauf

Für die Durchsetzung eines Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge am Köln-Bonner Flughafen unternimmt die rot-grüne Landesregierung aktuell einen neuen Anlauf. Seit 1996 wird um die Einführung von Nachtflugbeschränkungen gerungen. Damals hatte die erste rot-grüne Koalition den „22-Punkte-Katalog“ zur Nachtflugregelung beschlossen.

### Ratsbeschluss

Der Kölner Rat hat erstmals am 18.11.1997 die Einführung einer Kernruhezeit von 0 bis 5 Uhr für den Passagierflugverkehr gefordert. Erneut beschloss der Rat am 3.2.2000: „Der Rat der Stadt Köln fordert die NRW-Landesregierung erneut und nachdrücklich auf, den Antrag auf Änderung der luftverkehrlichen Betriebsgenehmigung für die noch ausstehenden Nachtflugbeschränkungen am Flughafen Köln/Bonn gemäß dem vom NRW-Landtag 1996 einstimmig beschlossenen 22-Punkte-Programm beim Bundesverkehrsminister als zuständiger Genehmigungsbehörde nach § 31 LuftVG zu stellen. Diese noch ausstehenden Beschränkungen beinhalten: ... Verbot planmäßiger Starts und Landungen von Passagierflugzeugen auch mit Bonuslistenflugzeugen von 0.00 Uhr bis 5.00 Uhr Ortszeit ...“

Ein hochaktueller Ratsbeschluss, an den auch OB Jürgen Roters gebunden ist, auch wenn er im Nachtflugkonflikt die Kontraposition der Flughafengeschäftsführung teilt.

### Rot-Grün handelt

SPD und GRÜNE haben in ihrem aktuellen NRW-Koalitionsvertrag vereinbart: „Die Landesregierung [wird] das vom Landtag einstimmig beschlossene Verbot nächtlicher Passagierflüge am Flughafen Köln/Bonn zwischen 0 und 5 Uhr und die notwendigen Schritte umgehend einleiten.“ Das NRW-Verkehrsministerium hat im Juni 2011 die rechtliche Umsetzung dieses Nachtflugverbots durch ein Rechtsgutachten untermauert. Dabei beziehen sie sich auf die von der rot-grünen Landesre-

gierung 1997 beschlossene Nachtflugregelung, die ausdrücklich festlegt, dass die Betriebsgenehmigung geändert werden kann, wenn neue rechtliche Rahmenbedingungen vorliegen (Ziff 11, Abs. 4, NflB 1997). Dieser Fall ist durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu Nachtflugbeschränkungen an Verkehrsflughäfen inzwischen eingetreten. Außerdem legt die Nachtflugbeschränkung von 1997 fest: „Der Vertrauensschutz gilt nicht für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen zwecks Einschränkung von Passagierflügen ...“. Diese Regelung wurde auch von der CDU/FDP-Landesregierung unverändert fortgeschrieben, als sie 2008 die Betriebsgenehmigung vorzeitig, bis Ende 2030, verlängerte.

### Ramsauer blockt

Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) lehnt bislang eine Zustimmung zum Nachtflugverbot für Passagierflüge ab. Als oberste Genehmigungsbehörde ist aber die Zustimmung des Bundesverkehrsministers entscheidend.

### Keine Existenzfrage

Inzwischen ist der Anteil der Passagierflüge am Nachtflug auf 35 % gestiegen. Die Flughafen-Geschäftsführung hat im Wissen, dass kein Vertrauensschutz existiert, den Passagierflug in die Nacht rücksichtslos ausgedehnt. Nun nimmt der Widerstand von Wirtschaftslobbyisten und Nachtflug-Profiten deutlich zu. Um so wichtiger ist es, dass Rot-Grün geschlossen den Druck auf Ramsauer erhöht. Wie lange noch sollen die Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung den Gewinninteressen von Touristikunternehmen und Fluggesellschaften untergeordnet werden, zumal die Einschränkung keinerlei wirtschaftlich existenzgefährdende Auswirkungen für diese Branchen und den Flughafen hat. Jede andere Branche unterliegt Gesundheits- und Umweltauflagen. Warum soll ausgerechnet am Köln-Bonner Flughafen das Prinzip völlig ungezügelter Profitgier gelten? *Jörg Frank*

## FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

### Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

**Tel.:** 0221 / 22125919 oder 22125920

**E-Mail:** gruene-fraktion@stadt-koeln.de

**Öffnungszeiten:** mo bis fr 9 – 12 Uhr;

mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

**Fraktionsvorstand:** Vorsitzende: **Barbara Moritz**; 1. stellv. Vorsitzender u. Geschäftsführer: **Jörg Frank**; 2. stellv. Vorsitzende: **Bettina Tull**; Vorstandsmitglieder: **Brigitta von Bülow, Andreas Wolter und Bürgermeisterin Angela Spizig.**

**Fraktionssitzung (Mittwochskreis):**

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

## BÜRGERMEISTERIN

### Angela Spizig

**Tel.:** 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

**Mail:** angela.spizig@stadt-koeln.de

**Referent:** Christoph Goormann

**Mail:** christoph.goormann@stadt-koeln.de

## ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

### Bauen:

### Finanzen:

### Frauen:

### Gesundheit:

### Jugendhilfe:

### Kultur:

### Liegenschaften:

### Rechnungsprüfung:

### Schule & Bildung:

### Schwulenpolitik:

### Soziales:

### Sport:

### Stadtentwicklung:

### Stellenplan/Personal:

### Umwelt:

### Verkehr:

### Verwaltung:

### Wirtschaft:

### Gerd Brust

Jörg Frank

NN

Stefan Peil

Kirsten Jahn

Brigitta von Bülow

Manfred Richter

Manfred Waddey

Horst Thelen

Andreas Wolter

Ossi Helling

Elisabeth Thelen

Barbara Moritz

Brigitta von Bülow

Matthias Welpmann

Bettina Tull

Andreas Wolter

Jörg Frank

## Impressum

**Herausgeberin/Verlegerin:** Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln  
**Tel.:** (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555  
**Mail:** gruene-fraktion@stadt-koeln.de

**Redaktion:** Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz

### Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:

Autorinnen dieser Ausgabe: Gerd Brust (gb), Jörg Frank (jf), Ossi Helling (oh), Ignatz Igel (ii), Barbara Moritz (bm), Kirsten Reinhardt (kr), Manfred Richter (mr), Elisabeth Thelen (et), Matthias Welpmann (mw)

**Realisation:** Einblick Verlag Köln,  
Tel. 0221 / 510 65 50,

**Bezug:** kostenlos

**Erscheinungsweise:** 10 mal jährlich

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 06.10.2011

Die nächste Ausgabe erscheint am 24.11.2011

**Rathaus Ratlos im Internet**

www.gruenekoeln.de

**Technische Realisation:** Regina Kobold

**E-mail:** regina.kobold@stadt-koeln.de

# ABO?

**Rathaus Ratlos KOSTENLOS!**

Es gibt zwei Möglichkeiten:

1. E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de
2. oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Foto: Claudia Wingens

## Der Lentpark

**Glatt – nass – frei - heiss - grün**

Am 1. Oktober war es endlich so weit. Das neue Eis- und Schwimmstadion „Lentpark“ öffnete seine Tore für das Publikum. Das ist auch ein Verdienst grüner Politik! Zehn Jahre ist es her, da war der Abriss des Eis- und Schwimmstadions zum Greifen nah, der Verkauf des Grundstücks an einen Bürohaus-Investor im Gespräch. Kaum war dies vom Tisch, gab es Pläne zur Verlegung des Eisstadions nach Müngersdorf ans Radstadion. Vor fünf Jahren leiteten SPD und GRÜNE per Ratsantrag die Wende ein: Die Lentstraße wurde an die KölnBäder GmbH übertragen, der Auftrag zur Realisierung eines „Eislauf-, Spiel- und Naturbadesee-Angebotes mit Saunalandschaft“ formuliert.

Dann ging es Schlag auf Schlag: Architektenwettbewerb, einstimmige Entscheidung für das Konzept des Architektenbüros Schulitz, Abriss der alten Gebäude, erster Spatenstich für den

Neubau. Die Neueröffnung konnte nach gut zwei Jahren Bauzeit gefeiert werden und seitdem überschlagen sich die Lobeshymnen für den neuen Lentpark. Zurecht!

Es gibt auch Kritik: Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat eine Mängelliste unter dem Aspekt Barrierefreiheit vorgelegt. Hier wird es bei laufenden Betrieb Nachbesserungen geben. Das hat die Geschäftsführung zugesagt und das werden Die GRÜNEN kritisch begleiten.

Die direkte Anbindung des Parkplatzes an die Innere Kanalstraße ist auf grüne Initiative zurückzuführen. Das war nicht billig, aber wichtig zum Schutz der angrenzenden Straßen vor Verkehrslärm. Im Herzen von Köln ist ein tolles Freizeitzentrum entstanden, unter sportlichen und ökologischen Aspekten einzigartig. Die GRÜNEN wünschen den Betreibern viel Erfolg und den Besuchern und Besucherinnen viel Vergnügen! *et*

## Termine

**Donnerstag, 20. Oktober, 20 Uhr**  
GRÜNE-Info-Treffen für Interessierte  
Grünes Zentrum, Ebertplatz 23

**Mittwoch, 16. November, 19 Uhr**  
Zentral – dezentral?  
Zukunft der Energieversorgung  
mit Oliver Krischer, MdB  
Rathaus, spanischer Bau, H.-Böll-Saal

**Donnerstag, 24. November, 15.30 Uhr**  
Ratssitzung  
Rathaus, spanischer Bau

**Dienstag, 20. Dezember, 14.00 Uhr**  
Ratssitzung  
Rathaus, spanischer Bau

Postvertriebsstück G 7006 Entgelt bezahlt

Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

**Ratsreporter Ignatz Igel**



## Aufgespießt

Der Chef des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins, Konrad Adenauer, hat sich offenbar endgültig der Nörgelei aus Prinzip verschrieben. Immer wieder kritisierte er, dass die Stadt zu wenig Geld für die Sanierung und Ausbesserung ihrer Straßen aufbringe. Nun hat der Hauptausschuss am 12.9. beschlossen, zusätzlich drei Millionen Euro für die Instandsetzung von Straßen noch in 2011 aufzuwenden. Zudem wurde in diesem Jahr mit der Sanierung der Rheinbrücken begonnen. Also, alles im grünen Bereich? Nicht so beim Enkel des Alten. Er giftet in der Vereins-Postille „Eigentum Aktuell“: „Was ich bitter beklage, sind die vielen Baustellen in Köln, nicht nur die U-Bahn-Baustellen, die kein Ende nehmen wollen, sondern auch die vielen anderen Baustellen auf den Brücken und innerhalb ganz Kölns. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Stadt Köln hunderttausende rot-weiße Absperrgitter gekauft hat, die nun ziellos im Stadtgebiet verteilt worden sind ...“. Dem Mann ist nicht zu helfen. Ebenso wenig wie dem Kalker Bürgermeister Thiele (SPD), der sich für Tempo 70 auf Kölns Straßen am Bauzaun ankettet.

Auf Hilfe hofft hingegen noch die FDP, nämlich von den anderen Ratsfraktionen. 19 Veedelsnamen hat sie sich für die Kölner Innenstadt ausgedacht. Manche sind authentisch, andere entspringen liberalen Geistesblitzen. Der Rat soll nun per Beschluss die eher bürokratisch anmutenden Namen wie z.B. Altstadt/Nord oder Neustadt/Nord ersetzen. Schön und gut, wo es passen mag. Nur bei der „Benennung der Ortsteile“ redet die Bezirksvertretung laut Zuständigkeitsordnung noch mit. Gegen Reformen, die nichts kosten, kann aber niemand etwas haben, meinen die von der Wählergunst arg gebeutelten FDPler. Zu wenig gedacht. Wer dies ernsthaft möchte, kommt an einem Rattenschwanz von Folgekosten nicht vorbei.